

Pavol Lukáč

# Regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa zu Beginn des 21. Jahrhunderts

## Neue Formen und neue Herausforderungen

**Unter den verschiedenen, nach dem Fall des Ostblocks in Mitteleuropa initiierten Projekten einer regionalen Zusammenarbeit kommt der 1991 ins Leben gerufenen Kooperation der Visegrad-Staaten besondere Bedeutung zu. Zwar verlor die als „V3“ zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn gegründete und nach der Entstehung der Slowakei um diese erweiterte, nun „V4“ genannte Gruppe bereits nach wenigen Jahren an Kraft, da die einzelnen Länder je eigene Wege in die europäischen Strukturen suchten und von einer faktischen Kooperation keine Rede sein konnte. Jedoch brachte das Jahr 1999 einen Durchbruch, nachdem das halbdemokratische Regime Meciar in der Slowakei überwunden war und die vier Länder erstmals konkrete Vereinbarungen trafen, die von Pragmatismus geprägt waren und dem Gebilde eine deutlichere politische Perspektive gaben. Problematisch zeigte sich dagegen das österreichische Projekt einer „Regionalen Partnerschaft“: Angesichts tiefstehender, historisch bedingter Ressentiments in der Region, diverser aktueller Konflikte zwischen Österreich und seinen Nachbarn, aber auch unterschiedlicher politischer Interessen sind die Chancen auf eine fruchtbare Zusammenarbeit im Raum der ehemaligen Donaumonarchie keineswegs sehr hoch einzuschätzen.**

Mitteleuropa war in der modernen Geschichte traditionell nicht nur ein Raum von Zusammenstößen und Konflikten, die aus seiner Multiethnizität und multikulturellen Gestalt resultierten, sondern auch Geburtsort von zahlreichen Plänen zur supranationalen Zusammenarbeit der Völker, die in dieser Region des europäischen Kontinents leben. Nicht alle Pläne waren von Erfolg gekrönt, und viele Projekte einer mitteleuropäischen Föderation oder Konföderation, von hervorragenden politischen Denkern der einzelnen mitteleuropäischen Völker ersonnen, blieben bloßes Papier. Trotzdem waren sie von Nutzen, da sie als Anregungen zur Entstehung neuer politischer Projekte der Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Völker dienten.

Für die mitteleuropäische Region mit ihrer turbulenten Geschichte ist außerdem typisch der Wechsel zwischen kurzen Perioden, in denen die Völker sich um Zusammenarbeit und Gemeinsamkeit bemühen, um größere Ziele zu erreichen, und Perioden, in denen sie in wechselseitige Animosität und Rivalität zurückfielen und sich damit unvermeidlich von den größeren Zielen entfernten.

Nach dem Fall des Kommunismus zu Beginn der neunziger Jahre existierten mehrere Ideen, wie und warum man in Mitteleuropa zusammenarbeiten sollte. Nachdem die Zeit der Euphorien dann von der Ära des politischen Realismus abgelöst wurde, sind viele dieser Ideen zerronnen und nur einige konnten ihre Lebensfähigkeit unter Beweis stellen. Das galt bis

vor kurzem für die Zusammenarbeit der Visegrad-Staaten, die positive Wirkungen zu zeitigen begann und schrittweise zum erfolgreichen Modell einer sub-regionalen, nicht-institutionalisierten Zusammenarbeit wurde. Die neueste politische Entwicklung hat dieses eindeutig positive Bild jedoch getrübt.

Inzwischen tauchten weitere Initiativen einer regionalen Zusammenarbeit in Mitteleuropa auf, wie der österreichische Plan einer „Strategischen Partnerschaft“, später in „Regionale Partnerschaft“ umbenannt.

Dieser Artikel befasst sich vor allem mit der neuen Gestalt der revitalisierten Visegrad-Zusammenarbeit, den jüngsten Schwierigkeiten sowie Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung, wie auch dem österreichischen Projekt der „Regionalen Partnerschaft“. Außerdem werden die neuen Herausforderungen der gesamten mitteleuropäischen Region vor dem Hintergrund der paneuropäischen Integration und ihre Stellung im künftigen erweiterten Europa behandelt.

Unter dem Begriff Mitteleuropa, der für einige zu konfus und nicht eindeutig ist, versteht der Autor die Länder, welche den mitteleuropäischen Gebietskern bilden: Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Österreich, Ungarn und Slowenien.

■ **Dieser Artikel befasst sich vor allem mit der neuen Gestalt der revitalisierten Visegrad-Zusammenarbeit, den jüngsten Schwierigkeiten sowie Möglichkeiten einer weiteren Entwicklung, wie auch dem österreichischen Projekt der „Regionalen Partnerschaft“.**

## ■ **Anfänge der regionalen Zusammenarbeit in den neunziger Jahren**

### *Die Alpen-Adria-Initiative*

Einige Initiativen auf dem Gebiet einer regionalen Zusammenarbeit entstanden bereits vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. Die Alpen-Adria-Initiative zum Beispiel umfasste vier politisch und ideologisch völlig unterschiedliche Länder: Italien, das ein EG- und NATO-Mitgliedsland ist, das neutrale Österreich, seinerzeit noch außerhalb der EG, das nicht blockgebundene Jugoslawien und Ungarn, das sich in dieser Zeit langsam wirtschaftlich und politisch dem pan-sowjetischen Orbit zu entziehen begann. Nach dem Zerfall des Kommunismus wurde aus dieser Alpen-Adria-Quadrangale mit der Beteiligung der Tschechoslowakei eine Pentagonale und schließlich mit der Beteiligung Polens eine Hexagonale. Dadurch wurde eine geopolitisch vorteilhafte Zusammenarbeit

von der Ostsee bis zur Adria erreicht. Sie hätte eine wichtige Rolle auch in der gesamteuropäischen Konstellation spielen können, aber ihr südlicher Teil wurde bald vom Virus des desintegrativen Nationalismus angegriffen und die Kriege auf dem Balkan beendeten die kurze Geschichte dieser Gruppierung. Ihre ursprünglichen Ideen wurden in die Mitteleuropäische Initiative (CEI) transformiert, die eigentlich bis heute ihre politische und institutionelle Identität sucht, wobei ihr Haupttätigkeitsfeld in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien der Wiederaufbau der durch die dortigen Kriege zerschlagenen Wirtschaft sein könnte.

### *Die Kooperation der Visegrad-Staaten*

■ In die Zeit nach dem Fall des Kommunismus gehört auch ein schrittweise entstandener Mechanismus der Zusammenarbeit von drei Ländern – Polen, Tschechoslowakei und Ungarn –, der unter dem Namen Visegrad-Troika, benannt nach dem nordungarischen Ort Visegrad, in dem 1991 offiziell der Grundstein der Zusammenarbeit gelegt wurde, bekannt wurde.

In die Zeit nach dem Fall des Kommunismus gehört auch ein schrittweise entstandener Mechanismus der Zusammenarbeit von drei Ländern – Polen, Tschechoslowakei und Ungarn –, der unter dem Namen Visegrad-Troika, benannt nach dem nordungarischen Ort Visegrad, in dem 1991 offiziell der Grundstein der Zusammenarbeit gelegt wurde, bekannt wurde. Bereits ein Jahr vor dem Gipfeltreffen der Staatspräsidenten fand jedoch im April 1990 ein Treffen auf der Burg von Bratislava statt. Damals beteiligten sich als Beobachter die Außenminister Italiens, Jugoslawiens und Österreichs. Da die Vertreter der einzelnen Länder dieses Treffens nicht im Stande waren, sich über gemeinsame Ziele zu einigen und gemeinsam eine Strategie zu deren Erreichung zu formulieren, endete das Bratislava-Treffen mehr oder weniger mit einem diplomatischen Fiasko. Erst in den Ruinen der Visegrad-Burg gelang es dem tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel, dem polnischen Präsidenten Lech Walesa und dem ungarischen Ministerpräsidenten József Antall, eine Erklärung über die weitere Zusammenarbeit im Falle eines Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft zu verabschieden. Erst viel später einigten sich die Repräsentanten auf eine klare pro-atlantische Orientierung und das Ziel eines Beitritts zur NATO, als der einzigen effektiven und funktionsfähigen Sicherheitsorganisation nach Beendigung des Kalten Krieges.

Einer der ersten greifbaren Erfolge der Visegrad-Zusammenarbeit war die gemeinsame und koordinierte Vorgehensweise bei der Auflösung des CO-

MECON sowie koordinierte diplomatische Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen vom mitteleuropäischen Territorium und die Auflösung des Warschauer Paktes. Bald jedoch tauchten auch Gegner jedweder regionaler Zusammenarbeit und Koordination der Politiken auf. Oft waren ihre Beweggründe expliziter Nationalismus, verstaubter Provinzialismus, Furcht vor dem Anderssein der Nachbarn, Überheblichkeit, Unbelehrbarkeit angesichts der Geschichte und eine engstirnige Optik, die nicht die Chancen der Zukunft erkennt. Zugleich zeigten sich erste Anzeichen von Missverständnissen und Konflikten zwischen einzelnen Mitgliedsländern der V3: slowakisch-ungarische Spannungen um den Weiterbau des Wasserkraftwerkes Gabčíkovo-Nagymaros sowie über die Stellung der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Tschechisch-slowakische Spannungen, die schließlich zur Auflösung der tschechoslowakischen Föderation führten. „Stille Rivalität“ in den tschechisch-polnischen Beziehungen sowie der phantasmagorische Streit um die Rolle einer erfolgreichen Führerschaft in der wirtschaftlichen und politischen Transformation.

Auch wenn formell die Visegrad-Drei nach der Teilung der Tschechoslowakei in Visegrad-Vier umgebildet wurde, starb die regionale Zusammenarbeit nach 1993 ab oder vegetierte in einigen Bereichen gemeinsamer Kommunikation dahin, wie z. B. im Falle der Zusammenarbeit von Tschechischer Republik, Polen und Ungarn für den NATO-Beitritt, die ihren Höhepunkt 1999 mit der Aufnahme der drei Staaten in die Nordatlantikpakt-Organisation hatte.

Nach dem schrittweisen Absterben von Visegrad entwickelte sich dennoch eine Plattform für regionale Zusammenarbeit im ausschließlich wirtschaftlichen Bereich, die sehr schnell ihre Reihen um weitere Mitglieder erweiterte und sich zur CEFTA (Central European Free Trade Area) entwickelte.

Zu den unzähligen Aktivitäten der mitteleuropäischen informellen regionalen Zusammenarbeit in den neunziger Jahren gehören auch die regelmäßigen Gipfeltreffen der Staatspräsidenten der einzelnen mitteleuropäischen Länder, die im April 1994 als eine Initiative des tschechischen Präsidenten Václav Havel im böhmischen Litomyšl starteten, damals zu Ehren

■ **Auch wenn formell die Visegrad-Drei nach der Teilung der Tschechoslowakei in Visegrad-Vier umgebildet wurde, starb die regionale Zusammenarbeit nach 1993 ab oder vegetierte in einigen Bereichen gemeinsamer Kommunikation dahin.**

des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Die Überlegung dahinter war die Einbeziehung Deutschlands in eine aktivere Partizipation am mitteleuropäischen Dialog. Ein Grund dafür war, dass Deutschland immer gegenwärtig war, zugleich aber bestanden mehrere, durch historische Erfahrungen beeinflusste Befürchtungen der Mitteleuropäer vor einem möglichen negativen Einfluss eines deutschen „Gulliver“. Der Gastgeber, Präsident Václav Havel, schrieb zutreffend nach diesem Gipfeltreffen: „Die Tatsache des Treffens der Staatspräsidenten, [...] zeigt deutlich, dass das Phänomen von Mitteleuropa in den Gedanken der Mitteleuropäer noch immer lebt und dass sich die beteiligten Länder zu Mitteleuropa bekennen.“ Regelmäßige Gipfeltreffen, an denen die Staatspräsidenten Deutschlands, Österreichs, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarns, Polens, der Ukraine und Sloweniens teilnahmen, fanden in kleinen historischen Städten der beteiligten mitteleuropäischen Länder statt, so im polnischen Lancut, slowakischen Levoca (Leutschau), slowenischen Piran, ungarischen Szekesfehervár (Stuhlweissenburg), ukrainischen Ljwow (Lemberg). Allmählich schlossen sich den Vertretern dieser Länder auch neue, demokratisch gewählte Staatsoberhäupter an, zuerst der kroatische Präsident Stipe Mesic und dann auch der jugoslawische Staatspräsident Vojislav Kostunica. Das letzte Treffen, das vergangenes Jahr am norditalienischen Lago di Maggiore stattfand, war auch gleichzeitig das letzte Treffen dieses politischen „Diskussionsklubs“.

### ■ Revitalisierung von Visegrad und seine neue Gestalt

#### *Das Problem der Slowakei*

Nachdem es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu einem Absterben der Visegrad-Zusammenarbeit gekommen war, verfolgte jedes Mitgliedsland seinen individuellen Weg bei der Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen. Die schwierigste Position hatte die Slowakische Republik in den Jahren 1994 bis 1998, als das Land von einer Koalitionsregierung mit Vladimir Meciar an der Spitze regiert wurde. Außer dessen extremistischen Partei, der Bewegung für eine demokratische Slowakei, waren in

■ **Nachdem es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre zu einem Absterben der Visegrad-Zusammenarbeit gekommen war, verfolgte jedes Mitgliedsland seinen individuellen Weg bei der Integration in die europäischen und transatlantischen Strukturen.**

der Regierung noch zwei weitere Parteien, die nationalistische SNS und die populistische Vereinigung der Arbeiter der Slowakei, vertreten. Fortdauernde Befürchtungen, dass die Slowakei in Mitteleuropa zu einer Insel der politischen Instabilität werden könnte, bewogen in dieser Zeit die EU und die USA zu mehreren Demarchen und offener Kritik an den nicht demokratischen Verhältnissen in der Slowakei. Diese Befürchtungen des demokratischen Westens wurden auch von den Nachbarländern der Slowakei geteilt, die Sorge hatten, dass sich in der Slowakei allmählich ein halbdemokratisches Regime etablieren würde oder eine sogenannte illiberale Demokratie, um die Bezeichnung des amerikanischen Politikwissenschaftlers und Mitherausgebers von *Foreign Affairs*, Farred Zakaria, zu benutzen. Deshalb waren sich die Premierminister J. Buzek, M. Zeman und V. Orban vor den Parlamentswahlen in der Slowakei im Herbst 1998 auf ihrem Treffen in Budapest über die Bedeutung der Visegrad-Zusammenarbeit einig und forderten die Slowakei auf, dass sie ihren Platz im Rahmen der V4 einnehme und den für sie „reservierten Stuhl“ besetze, sobald sie in demokratischen Wahlen ihre undemokratische Regierung abgewählt habe.

Nach dem Sieg einer breiten Anti-Meciar-Koalition formierte sich eine Regierung unter der Leitung von Mikuláš Dzurinda und das war nun auch die geeignete Zeit für die Revitalisierung und den Neubeginn der Visegrad-Zusammenarbeit.

### *Regelmäßige Treffen*

Am 14. Mai 1999 fand das erste große Gipfeltreffen der Premierminister in Bratislava statt. Bei diesem Treffen einigten sich die Premierminister auch über die Prinzipien der weiteren Existenz der V4. Laut diesen Prinzipien sollen sich die Premierminister zweimal im Jahr treffen, wobei eines der Gipfeltreffen ein inoffizielles, sogenanntes Treffen ohne Krawatten ist, das meistens außerhalb der Hauptstadt abgehalten wird. Gegenüber der ersten Phase der Visegrad-Zusammenarbeit ist dies ein deutlicher Fortschritt. Während zu Beginn der neunziger Jahre diese Zusammenarbeit unter dem Taktstock der Präsidenten, darunter Persönlichkeiten wie Václav Havel, Lech Walesa und Árpád Göncz, initiiert wurde, kann man in der zweiten Phase beobachten, dass sie von den

■ Am 14. Mai 1999 fand das erste große Gipfeltreffen der Premierminister in Bratislava statt. Man einigte sich über die Prinzipien der weiteren Existenz der V4. Laut diesen Prinzipien sollen sich die Premierminister zweimal im Jahr treffen, wobei eines der Gipfeltreffen ein inoffizielles, sogenanntes Treffen ohne Krawatten ist, das meistens außerhalb der Hauptstadt abgehalten wird.

■ **Außer den regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Minister trafen sich auch Expertengruppen, die sich mit der Lösung dringender, den Mitgliedsländern gemeinsamer Probleme befassen.**

Premierministern geleitet wird. Zu den in Bratislava verabschiedeten Prinzipien (Content of the Visegrad Co-operation) gehört auch die Erwähnung, dass eine Zusammenarbeit der Minister unterschiedlicher Ressorts willkommen ist. Tatsächlich organisierten bald darauf die Minister der Verteidigung, Umwelt, Kultur sowie Justiz separate Treffen im Rahmen der V4 und spezifizierten diejenigen Bereiche, die gerade im Rahmen einer regionalen Zusammenarbeit behandelt werden können. Außer den regelmäßigen Treffen auf der Ebene der Minister trafen sich auch Expertengruppen, die sich mit der Lösung dringender, den Mitgliedsländern gemeinsamer Probleme befassen. So entstanden zum Beispiel im Rahmen der Zusammenarbeit der Innenminister Arbeitsgruppen, die sich mit dem Kampf gegen die Verschiebung gestohlener Fahrzeuge beschäftigten. Im Verteidigungsbereich konstituierte sich eine Gruppe, die sich mit der Rüstungsindustrie im Rahmen der V4 befasste und im Rahmen der Beratungen der Bildungsminister trat eine Gruppe zusammen, die gemeinsame Unterlagen für das 5. Rahmenprogramm der EU für Projekte im Bereich der Wissenschaft vorbereitete.

#### *Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung*

Ein hoch geschätzter konkreter Beitrag wurde die Bildung einer „Visegrad Brigade“, vorerst zusammengesetzt aus Soldaten der NATO-Mitgliedsländer Tschechische Republik und Polen sowie Soldaten der Slowakischen Republik. Hauptquartier dieser Brigade ist Topolcany in der Slowakei, und zum Kommandantur wurde ein slowakischer General ernannt. Als Modell diente hier das dänisch-deutsch-polnische Bataillon, das zu Beginn der neunziger Jahre entstand und dessen Stab im polnischen Stettin beheimatet ist.

Ein weiteres vielversprechendes Projekt ist das gemeinsame Bemühen der V4 um Zusammenarbeit ebenfalls im Bereich der Verteidigung, und zwar bei der Modernisierung der russischen MI-24 Hubschrauber. Die Visegrad-Länder würden gerne auf eigene Kosten rund 140 dieser Hubschrauber modernisieren, die dann für schnelle Truppentransporte im Falle eines akuten Bedarfes dienen könnten. Diese Hubschrauber sind in den Armeen von etwa 50 Ländern, darunter Großbritannien und USA, im Einsatz, so dass dieses Projekt bei seiner erfolgreichen

Durchführung auch für andere Länder interessant sein könnte.

### *Konkrete Kooperation*

Die neue Gestalt der wiederbelebten Visegrad-Zusammenarbeit unterscheidet sich von der ursprünglichen Kooperation zu Beginn der neunziger Jahre durch größeren Pragmatismus, da sie sich von der „großen Politik“ auf eine diversifizierte Politik der Lösung konkreter „kleiner“ Aufgaben verschoben hat.

Die neue Zusammenarbeit widmete auch dem Bürger viel größere Aufmerksamkeit. Noch auf dem Treffen in Bratislava einigten sich die Premierminister auf die Notwendigkeit der Bildung eines Fonds, der unterschiedliche Initiativen in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen fördern und dadurch zur Bildung einer „mitteleuropäischen Zivilgesellschaft“ beitragen sollte. Auf dem darauffolgenden Gipfeltreffen in Prag kam es schließlich zu der Errichtung dieses Fonds, der den Namen „Internationaler Visegrad-Fonds“ (International Visegrad Fund – IVF) trägt. Sitz dieser einzigen Institution, die aus der Visegrad-Zusammenarbeit entstanden ist, wurde Bratislava. Zu Beginn gab jedes Mitgliedsland ein Startkapital von 250 000 Euro, so dass der Fond mit einer Summe von einer Million Euro seine Arbeit aufnehmen konnte. Schon bei der ersten Runde der Projektausschreibung wurden mehr als 250 Projekte angemeldet und der IVF wurde zum Magneten für viele bürgerliche Organisationen, die selbst Projekte erarbeiteten. Die Ausrichtung der verschiedenen Vorhaben war und ist unterschiedlich: angefangen mit dem Treffen der Jugend („Visegrad-Sommer-Universitäten“), Bildung eines Netzes von Think-Tanks der V4-Länder, über die Organisation von Theater- und Filmfestspielen bis hin zu der Förderung der Treffen von unterschiedlichen Interessen- und Berufsgruppen oder der Herausgabe von Fach- und Kunstzeitschriften. Die Anziehungskraft des Internationalen Visegrad-Fonds führte schließlich dazu, dass Gespräche über die Erhöhung der Mittel des Fonds geführt werden mussten, um den Nachfragen der vielen Interessenten entsprechen zu können. Das Ergebnis der Gespräche war, dass die Einzahlung jedes Landes verdoppelt

■ Die neue Gestalt der wiederbelebten Visegrad-Zusammenarbeit unterscheidet sich von der ursprünglichen Kooperation zu Beginn der neunziger Jahre durch größeren Pragmatismus, da sie sich von der „großen Politik“ auf eine diversifizierte Politik der Lösung konkreter „kleiner“ Aufgaben verschoben hat.

wurde und der Internationale Visegrad-Fonds heute über ein Jahresbudget von zwei Millionen Euro verfügt. Dass dieser Fonds tatsächlich eine interessante Einrichtung auch für andere Länder ist, zeigt die Tatsache, dass sich auch Slowenien dafür interessiert hat, sich an diesen Fonds und den durch ihn finanzierten Projekten zu beteiligen.

### *Bewertungen in der Bevölkerung der Visegrad-Länder*

■ Die Tatsache, dass die Visegrad-Zusammenarbeit begonnen hat, sich von der Ebene eines Eliteprojektes zu verschieben, zeigt auch die Wahrnehmung dieser Zusammenarbeit in den einzelnen V4-Ländern.

Die Tatsache, dass die Visegrad-Zusammenarbeit begonnen hat, sich von der Ebene eines Eliteprojektes zu verschieben, zeigt auch die Wahrnehmung dieser Zusammenarbeit in den einzelnen V4-Ländern. Hierzu führte das Slowakische Institut für öffentliche Fragen in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen eine Umfrage in den Nachbarländern durch. Auf die Frage, ob die Bürger die Visegrad-Zusammenarbeit kennen, antworteten mit Ja 32 Prozent in der Tschechischen Republik, 35 Prozent in Ungarn, 27,1 Prozent in Polen und in der Slowakei 52,4 Prozent. Auf dieselbe Frage gaben 36,4 Prozent der Bürger in der Tschechischen Republik, 26,4 Prozent in Ungarn, 25 Prozent in Polen und 35,1 Prozent in der Slowakei die Antwort, dass sie von V4 gehört haben, aber nicht genau wissen, worum es dabei geht. Die Frage nach der Bedeutung und Unterstützung durch die Visegrad-Zusammenarbeit brachte genauso interessante Ergebnisse zu Tage: eindeutig für die Existenz und die besondere Bedeutung sprachen sich 10,2 Prozent in der Tschechischen Republik, 16,4 Prozent in Ungarn und 35,0 Prozent in der Slowakei aus (in Polen wurde diese Frage im Umfragebogen nicht gestellt). Die Antwort „eher ja“ geben in der Tschechischen Republik 35,4 Prozent, in Ungarn 37,4 Prozent und in der Slowakei 40,9 Prozent.

### *Visegrad-Länder und Weimarer Dreieck*

Die Zusammenarbeit von Visegrad wurde nicht nur innerlich gefestigt, sondern man bemühte sich auch um die einheitliche Vertretung der gemeinsamen Interessen nach außen, gegenüber Drittländern.

Viele politische Beobachter, Analytiker, aber auch Politiker – für die letzteren sei stellvertretend der frühere polnische Außenminister Bronislaw Geremek genannt – hofften zu ihrer Zeit, dass die Visegrad Vier

und das Weimarer Dreieck zwei informell kooperierende Formationen bilden könnten, die auf einer gemeinsamen konsultativen Basis die weitere Integration Europas unterstützen würden, nicht nur in ihrer politischen und institutionellen Gestalt, sondern auch in der geistigen und kulturellen Integration. Vor allem der polnischen Diplomatie verdankt man das denkwürdige Gipfeltreffen der V4-Premierminister mit dem deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder im polnischen Gnesen. Ursprünglich sollte es hierbei um ein Gipfeltreffen der Vertreter des Weimarer Dreiecks und der Visegrad-Gruppe gehen. Dazu kam es schließlich aber nicht, was schon deshalb bedauerlich war, da das Treffen in Gnesen am 28. April 2000 stattfand und sich die V4-Premierminister mit dem französischen Premierminister Lionel Jospin nur einige Tage darauf am 4. Mai 2000 in Budapest trafen. Dies geschah kurz vor dem Beginn der französischen Ratspräsidentschaft in der EU. Eine Plattform von gegenseitigen Treffen und Konsultationen von V4 und Weimarer Dreieck wurde so nicht realisiert und es blieb bei Plänen und verbalen Äußerungen.

### *Konzentration auf die kleinen Länder*

Die politische Realität der einzelnen Länder zeigte schließlich, dass anscheinend Frankreich und Deutschland – Länder, die die Achse und den Motor der Integration bilden und in denen ein Teil der politischen Elite über die Schaffung eines Kerneuropas oder eines Avantgarde in der EU nachdenkt – politisch andere Interessen vertreten als die kleinen Länder Mitteleuropas. Eine der Herausforderungen für die mitteleuropäischen Länder wird auch sein, dass sie in der künftigen Architektur des vereinten Europa nicht zu Ländern werden, die geographisch nah am europäischen Kern sind und dennoch „entfernt“ an der politischen Peripherie Europas.

Nach dieser „Ernüchterung“ wurde in den Visegrad-Kreisen begonnen, mehr über eine Orientierung auf die kleinen Länder in Europa nachzudenken, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es ein verbal proklamiertes Interesse gibt, dass Visegrad nach dem EU-Beitritt seiner Mitglieder nicht aufhören soll zu existieren und es einen zusätzlichen Sinn für seine weitere Existenz benötigt. Deshalb trafen sich nach dem „langen“ EU-Gipfeltreffen in Nizza die V4-Pre-

■ Eine der Herausforderungen für die mitteleuropäischen Länder wird auch sein, dass sie in der künftigen Architektur des vereinten Europa nicht zu Ländern werden, die geographisch nah am europäischen Kern sind und dennoch „entfernt“ an der politischen Peripherie Europas.

mierminister mit Ausnahme des polnischen Premierministers mit dem slowenischen Premierminister Janez Drnovsek in der Frühe des 11. Dezember 2000 in Bratislava zu einem schnell organisierten Treffen. Das erfolgreiche kleine Land Slowenien war wiederholt als weiterer potenzieller V4-Mitgliedstaat genannt worden. Momentan, dies sei angemerkt, ist die Frage der weiteren Erweiterung der V4 mehr oder weniger ein Tabu, da unter den Mitgliedern der Visegrad-Gruppe keine Einigung über zukünftige neue Mitglieder besteht. Alle Beteiligten des Bratislava-Treffens begrüßten die Ergebnisse des Gipfels von Nizza und zeigten sich zufrieden mit der Arithmetik, die für die entscheidenden EU-Strukturen auch die Interessen der kleinen Staaten der künftig erweiterten EU berücksichtigt. Hierbei ging es besonders darum, dass die gemeinsamen Stimmen der V4 im Ministerrat der EU sogar das Stimmenpotenzial von solch traditionellen europäischen Mächten wie Deutschland und Frankreich überwiegen werden. Dies ist natürlich verständlich nicht nur angesichts des Minderwertigkeitskomplexes der kleinen Länder und ihrer Entwicklungschancen im vereinten Europa, sondern auch vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen und der Furcht vor dem Einfluss der Großmächte auf das Schicksal der kleinen Länder.

### *Dialog mit den Benelux-Ländern*

Deshalb begannen die kleinen Staaten der V4, wobei Polen ein bisschen aus dem Rahmen fällt, sich auf die Zusammenarbeit mit weiteren kleinen Ländern in der EU zu konzentrieren. Schon zu Beginn der Visegrad-Zusammenarbeit in der ersten Hälfte der neunziger Jahre gab es Bemühungen, die Benelux-Erfahrungen als Vorbild zu nehmen. Am 27. September 1991 trafen sich in New York Vertreter von zwei Dreiergruppen, V3 und Benelux, um die Möglichkeit des Know-how-Transfers hinsichtlich der Bildung von subregionalen Gruppierungen zu erörtern. Auf die Zusammenarbeit mit Benelux kam V4 erst einige Jahre später zurück. Im Dezember 2000 fand ein Treffen der V4-Premierminister mit dem niederländischen Premierminister Wim Kok in Bratislava statt. Gerade auf diesem Treffen wurde wiederholt über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von kleinen Ländern in der künftigen erweiterten EU gesprochen.

■ Im Dezember 2000 fand ein Treffen der V4-Premierminister mit dem niederländischen Premierminister Wim Kok in Bratislava statt. Gerade auf diesem Treffen wurde wiederholt über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von kleinen Ländern in der künftigen erweiterten EU gesprochen.

Der slowakische Premierminister Mikulas Dzurinda äußerte sich sogar mit einer gewissen Portion Humor dahingehend, dass „Visegrad Vier und die Beneluxstaaten die EU regieren werden“. Die Gespräche über eine Zusammenarbeit wurden während des Treffens mit dem belgischen Premierminister Guy Verhofstadt fortgesetzt und erreichten ihren Höhepunkt auf dem gemeinsamen Treffen der Premierminister der V4 und der Beneluxländer in Luxemburg Ende 2001. Ein weiteres Gipfeltreffen der V4 und der Beneluxstaaten fand im Mai 2002 in der Slowakei statt.

### ■ **Das österreichische Projekt einer regionalen Partnerschaft**

In Österreich gab es schon in der Ära des Eisernen Vorhangs eine Gruppe von Politikern und Intellektuellen, die von dem „Projekt Mitteleuropa“, so der Titel des Buches von E. Busek und E. Brix, träumten und über eine Realisierung nachdachten. Dies führte zu einer politisch-geistigen Erneuerung der Region, die dank ihrer multiethnischen und multikulturellen Gestalt eine große Zahl interessanter Hervorbringungen im Bereich der Kultur, Kunst und Literatur aufzuweisen hat. Diese Überlegungen fielen zeitlich und auch thematisch in die achtziger Jahre, als viele nicht nur mitteleuropäische Intellektuelle ihre Aufmerksamkeit dem Phänomen Mitteleuropa widmeten. Auch wenn viele dieser Überlegungen schließlich keine politische Realisierung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs fanden, dienten sie zumindest als Inspiration für politische Projekte, wie zum Beispiel auch für die Visegrad-Zusammenarbeit. Im Falle Österreichs fanden politische Eliten und oft auch die Autoren dieser Gedanken in ihrem eigenen Land keinen Nährboden für irgendeine Bildung mitteleuropäischer politischer Plattformen. Die österreichische Haltung gegenüber anderen mitteleuropäischen Ländern war eher charakterisiert durch eine reservierte Haltung, manchmal sogar fehlenden Respekt, und in vielen Bereichen war es nicht mehr als das Klischee der Notwendigkeit gutnachbarlicher Beziehungen, das gemeinsame Schicksal, sowie der geistige Raum mit gemeinsamen Traditionen und gemeinsamer Geschichte. Österreich entschied sich schließlich für einen selbständigen und gewiss schnelleren und ef-

■ **In Österreich gab es schon in der Ära des Eisernen Vorhangs eine Gruppe von Politikern und Intellektuellen, die von dem „Projekt Mitteleuropa“ träumten. Dies führte zu einer politisch-geistigen Erneuerung der Region, die dank ihrer multiethnischen und multikulturellen Gestalt eine große Zahl interessanter Hervorbringungen im Bereich der Kultur, Kunst und Literatur aufzuweisen hat.**

■ **Erst die Ergebnisse der österreichischen Wahlen im Jahre 1999 und die folgende kritische, schließlich mit Sanktionen reagierende Politik der überwiegenden Mehrheit der EU-Länder öffneten den Österreichern die Augen: Sie bemerkten, dass sie ohne enge Verbündete in die Union gelangt waren. Diesen Effekt nannte ein ungarischer Diplomat „Herrschereinsamkeit“.**

fektivere Weg in die Europäischen Gemeinschaften, bevor es irgendwelche regionale Kooperationen mit den ungleichen, post-kommunistischen armen Ländern bildete.

Erst die Ergebnisse der österreichischen Wahlen im Jahre 1999 und die folgende kritische, schließlich mit Sanktionen reagierende Politik der überwiegenden Mehrheit der EU-Länder öffneten den Österreichern sozusagen die Augen: Sie bemerkten, dass sie ohne enge Verbündete in die Union gelangt waren. Diesen Effekt nannte ein ungarischer Diplomat „Herrschereinsamkeit“. Auch das war einer der Faktoren, die das Nachdenken über eine strategische Partnerschaft im mitteleuropäischen Raum initiierte. Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner hielt am 12. Februar 2001 in der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik in Wien einen Vortrag zum Thema „Strategische Partnerschaft und politische Herausforderungen in Europa“, der die Grundkonturen dieses österreichischen Projekts skizzierte, an dem der Braintrust vom Ballhausplatz, dem Sitz des österreichischen Außenministeriums, schon länger arbeitete. Es ging vor allem um eine Intensivierung der gemeinsamen Zusammenarbeit und der Nachbarbeziehungen, die Suche nach einer gemeinsamen Agenda und vor allem die Vorbereitung auf den EU-Beitritt, wo Österreich den Kandidatenländern gerne mit seinen Erfahrungen als junges Mitglied helfen würde. Länder, die diese Partnerschaft bilden sollten, waren die Tschechische Republik, Polen, Slowakei, Ungarn und Slowenien. In den Anfängen wurde überlegt, ob Polen überhaupt dazugezogen werden sollte, da es sich um ein Land handelt, das nicht direkt mit Österreich benachbart ist und auch nicht in die Kategorie der kleinen Länder passt.

Auf der anderen Seite wurde Kroatien ausgelassen mit der Begründung, dass seine EU-Mitgliedschaft noch weit außer Sicht sei.

Österreich versuchte vom Beginn der Einführung dieses Planes an zwei möglichen Ressentiments vorzubeugen: Einer der ständig wiederholten Refrains ist die Zurückweisung jedweder Wiederbelebung des Habsburger Gedankens. Zuweilen ist dieses ständige Wiederholen schon komisch, denn kein realistisch denkender Politiker der mitteleuropäischen Länder kann die österreichische Diplomatie eines solchen

Vorhabens verdächtigen. Die österreichische Außenministerin Ferrero-Waldner äußerte sich sogar zu der regionalen Partnerschaft gegenüber einer tschechischen linken Tageszeitung dahingehend, dass „dieser Gedanke viel Gemeinsames mit der Geographie hat, aber wenig mit der Geschichte“.

Der zweite sich ständig wiederholende Refrain betrifft das Problem der „Hegemonie“ oder einer führenden Nation in dieser informellen Gruppierung. Die österreichische Diplomatie weist wiederholt zurück, das dieses Projekt zu irgendeiner österreichischen Dominanz im Donauraum führen solle und dass es sich um eine Zusammenarbeit unter dem Prinzip des Gleichen mit Gleichen handle. Gewisse Befürchtungen vor einer solchen Dominanz existieren trotzdem in einigen mitteleuropäischen Ländern. Als Illustration kann eine Äußerung des slowenischen Außenministers Dimitrij Rupel dienen, der noch zu Beginn des österreichischen Planes meinte, dass Österreich in Mitteleuropa einen „Schirm der Vorherrschaft“ bilden möchte.

Am 6. Juni 2001 trafen sich schließlich in Wien die Außenminister Österreichs, Sloweniens, der Tschechischen Republik, Ungarns und der Slowakei, um im direkten Dialog Details der damals noch Strategischen Partnerschaft und in Wien gerade in Regionale Partnerschaft umbenannten Zusammenarbeit zu diskutieren. Man kann nicht unbemerkt lassen, dass der polnische Außenminister an dem ersten Gipfeltreffen der Strategischen Partnerschaft nicht teilgenommen hat, auch wenn er sich in jener Zeit auf einer anderen Dienstreise befand. Dies ist um so bemerkenswerter, als es sich dabei um Włodyslaw Bartoszewsky handelte, der ein exzellenter Diplomat und Historiker ist und der dazu noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre als polnischer Botschafter in Wien wirkte und ein guter Kenner der österreichischen Politik und Mentalität ist. Mehrere Beobachter schreiben die fehlende polnische Präsenz der Tatsache zu, dass die Polen in dieser neuen österreichischen Initiative eine konkurrierende Aktivität sehen, die ihren Status als eines entscheidenden Landes im mitteleuropäischen Raum – oder gar als einer regionalen Großmacht – gefährden könnte.

Wenn wir die Reaktionen der anderen Länder beobachten, sehen wir, dass auch die Reaktionen von

**■ Am 6. Juni 2001 trafen sich schließlich in Wien die Außenminister Österreichs, Sloweniens, der Tschechischen Republik, Ungarns und der Slowakei, um im direkten Dialog Details der damals noch Strategischen Partnerschaft und in Wien gerade in Regionale Partnerschaft umbenannten Zusammenarbeit zu diskutieren.**

weiteren Ländern eher zurückhaltend waren und dies vor allem bei zwei Ländern, deren bilaterale Beziehungen mit Österreich momentan belastet sind – der Tschechischen Republik und Slowenien. Eher optimistisch waren Ungarn und die Slowakei gestimmt. Die Slowakei wurde schließlich Gastgeber des nächsten Gipfeltreffens im Rahmen der regionalen Partnerschaft, das zeitlich kurz vor den EU-Gipfel von Laeken im letzten Dezember fiel. Einer der Inhalte des österreichischen Projekts einer regionalen Partnerschaft war die These, dass Österreich als relativ junges Unionsmitglied mit seinen Erfahrungen im Prozess der Beitrittsverhandlungen helfen könnte und sich aus der regionalen Partnerschaft ein gewisser „Kraftraum“ der Kandidaten entwickelt hätte.

■ **Aus der heutigen Sicht kann man sagen, dass das österreichische Projekt aus mehreren Gründen schwerlich eine hinreichende Unterstützung durch seine Nachbarn finden wird. Ein Grund dafür sind die zugespitzten Beziehungen Österreichs zu Slowenien und der Tschechischen Republik. Hier geht es erneut um geschichtliche Ressentiments.**

Aus der heutigen Sicht kann man sagen, dass das österreichische Projekt aus mehreren Gründen schwerlich eine hinreichende Unterstützung durch seine Nachbarn finden wird. Ein Grund dafür sind die zugespitzten Beziehungen Österreichs zu Slowenien und der Tschechischen Republik. Hier geht es erneut um geschichtliche Ressentiments. Im Falle der Tschechischen Republik ist es die wieder aktuell gewordenen Frage der sogenannten Beneš-Dekrete und im Falle Sloweniens sind es die AVNOJ-Dekrete, die eine ähnliche Rolle spielten. Außerdem sind die tschechisch-österreichischen Beziehungen seit langem durch den Streit über das Atomkraftwerk Temelin belastet, dessen Lösung in letzter Zeit überhaupt nicht vorangekommen ist. Statt durch Expertengespräche und anschließenden Dialog der Politiker am runden Tisch eine Lösung finden, wurde die Frage unter die Bevölkerung gebracht, die mit der Blockade von Grenzübergängen oder emotionalen Manifestationen die ganze Situation noch komplizierter gemacht hat.

Ein zweiter wesentlicher Grund der Stagnation der ganzen Regionalen Partnerschaft ist, dass die österreichische Seite außer einem schön aussehenden Projekt keine Serie von kleinen, konkreten und fortlaufenden Schritten vorbereitet hat, die in einer tagtäglichen politischen Agenda die mitteleuropäischen Politiker von der aufrichtigen Bemühung, eine kooperative Plattform zu schaffen, überzeugt hätte. Im Gegenteil, auch bei den Verhandlungen der Kandidatenländer mit der Europäischen Kommission/Union trat Österreich bei vielen konkreten Kapiteln nicht als

Advokat oder Vermittler zwischen der Union und den Kandidaten auf, sondern war eher ziemlich egoistisch und verteidigte ausschließlich seine eigenen Interessen.

Es ist notwendig zuzufügen, dass die Visegrad-Vier schon in der Vergangenheit Österreich zu konkreten Projekten unter der Formel „4 Plus 1“ hinzugeladen haben. Eine solche Zusammenarbeit existierte zum Beispiel im Bereich der Bekämpfung der Autodiebstähle und Autoverschlebung oder zwischen wissenschaftlichen Institutionen und Akademien der Wissenschaften.

Außerdem gibt es noch einen problematischen Punkt bei der Annäherung der V4-Länder mit Österreich, nämlich die sicherheitspolitische Identität der mitteleuropäischen Region. Am Ende der beabsichtigten Annäherung zwischen V4 und der Regionalen Partnerschaft sollte natürlich die Schaffung einer homogenen und kompatiblen mitteleuropäischen Region stehen, die eine unerlässliche Stütze und ein Pfeiler der gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur und politischen Architektur ist. Damit dies auch möglich werden kann, muss Österreich seinen Komplex aus der Zeit des Kalten Krieges überwinden und sich fürs erste aus der provinziellen Verschlossenheit befreien – das betrifft vor allem die Bürger, aber immer noch auch einen größeren Teil der Elite – und sich zweitens eindeutig von der schon ohnehin nicht mehr existierenden Neutralität lösen, die nur ein verbal proklamierter Bestandteil der österreichischen nationalen Identität ist, aber kein gültiger Träger österreichischer Sicherheit. Mitteleuropa, auch wegen der vierzigjährigen Vergangenheit unter kommunistischer Vorherrschaft, will sich als klarer proatlantischer Sicherheitsraum profilieren. Nach der NATO-Erweiterung erwartet man, dass nicht nur Mitteleuropa, sondern auch der breitere Raum dieser Region und seine Staaten neue, wirkliche „Alliierte“ in der transformierten NATO werden.

### ■ Die Büchse der Pandora

#### *Emotionalisierung im Wahljahr*

Das Jahr 2002 ist nicht nur im mitteleuropäischen Raum, sondern in ganz Europa ein Wahljahr. In den V4-Ländern werden, nachdem sich im vergangenen

■ Mitteleuropa, auch wegen der vierzigjährigen Vergangenheit unter kommunistischer Vorherrschaft, will sich als klarer proatlantischer Sicherheitsraum profilieren. Nach der NATO-Erweiterung erwartet man, dass nicht nur Mitteleuropa, sondern auch der breitere Raum dieser Region und seine Staaten neue, wirkliche „Alliierte“ in der transformierten NATO werden.

Jahr bereits die Regierung Polens änderte, auch in Ungarn, in der Tschechischen Republik und auch in der Slowakei Regierungswechsel erwartet.

Die Stimmung vor den Wahlen hat auch eine gewisse Spannung in der Region hervorgerufen, wobei einige historische Probleme angesprochen wurden, auf deren Lösung oder Nichtlösung die öffentliche Meinung in den einzelnen mitteleuropäischen Ländern unterschiedlich markant reagiert hat.

■ **Schon seit längerem gab es zwischen der Tschechischen Republik und Österreich einen verbalen Schlagabtausch, der einer kooperativen Atmosphäre in Mitteleuropa nicht förderlich war. Sie schuf eher einen weiteren Konflikt-raum.**

Schon seit längerem gab es zwischen der Tschechischen Republik und Österreich einen verbalen Schlagabtausch, der einer kooperativen Atmosphäre in Mitteleuropa nicht förderlich war. Sie schuf eher einen weiteren Konflikt-raum. Das Wort Pingpong zwischen dem tschechischen Premierminister Milos Zeman und dem Landeshauptmann von Kärnten, Jörg Haider, das sich auch in den Medien beider Länder widerspiegelte und so die österreichisch-tschechischen Beziehungen belastete, war jedoch nur der Anfang. Die Themen waren nicht nur die Probleme um das Kernkraftwerk Temelin und eine mögliche Blockierung des EU-Beitritts Tschechiens durch Österreich, sondern die Politiker begannen auch, die Geschichte für gegenseitige und nirgendwo hinführende Anschuldigungen zu missbrauchen. Der tschechische Premierminister Zeman erklärte, dass „Österreich nicht das erste Opfer Hitlerdeutschlands war, sondern sein erster Verbündeter“. Von der anderen Seite konterte Haider mit Äußerungen darüber, dass eine große Anzahl von Tschechen geholfen habe, den russischen Kommunismus in die Mitte Europas einzuschleppen und dass dieses verbrecherische Regime nirgendwo solche Unterstützung gehabt habe wie in Tschechien. Prägnant hat es die österreichische Tageszeitung *Die Presse* kommentiert, als sie schrieb, dass Premierminister Zeman und Landeshauptmann Haider „ein Schulbuchbeispiel dafür geliefert haben, wie zwischen zwei Völkern Konflikte entstehen, aus denen zumindest in der Vergangenheit Kriege entstanden sind“.

### *Ungarn*

Mit den näher rückenden Wahlen in Ungarn haben auch der damalige Premierminister Viktor Orban und seine Mitstreiter aus der FIDESZ-Partei begonnen, bestimmter aufzutreten. Die früher liberal orientierte

Partei transformierte sich in eine patriotisch-konservative Partei und nützte reichlich das Wortarsenal einer extremen Rechten. Gerade diese Politiker begannen offen über die Reintegration des Ungarntums zu diskutieren, das durch den ungerechten Friedensvertrag von Trianon nach dem Ersten Weltkrieg entzweit worden war. Zu Komplikationen in den bilateralen slowakisch-ungarischen, aber auch den ungarisch-rumänischen Beziehungen führte auch die Verabschiedung des Gesetzes über Auslandsungarn, das im ungarischen Parlament im Sommer 2001 verabschiedet wurde und ab 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist. Das von FIDESZ stammende Gesetz, dessen Ziel die Förderung von ungarischen Minderheiten ist, die in einigen Nachbarländern Ungarns leben (mit Ausnahme von Österreich, wo die Rechtsordnung der EU die Anwendung dieses Gesetzes nicht ermöglicht), irritierte durch einige seiner Bestimmungen, die in die innere Ordnung der Nachbarländer eingreifen, nicht nur den nationalistischen Teil des politischen Spektrums in der Slowakei und Rumänien, sondern erhielt offene Kritik auch von den etablierten demokratischen politischen Parteien dieser Länder. Zum Problem wurden auch begleitende Äußerungen von Premierminister Orbán und anderen Spitzenpolitikern der FIDESZ, die das Gesetz über die Auslandsungarn als Wiedergutmachung des historischen Unrechts von Trianon – das bis heute einen Großteil der ungarischen Gesellschaft traumatisiert – und als ein konkretes Beispiel der Wiedervereinigung des Ungarntums in Mitteleuropa bezeichneten. Dies mobilisierte auch die Nationalisten aus den Nachbarländern und stärkte ihre Positionen, so dass der mitteleuropäische Raum ein Wiedererwachen des Nationalismus erlebte.

■ **Zu Komplikationen in den bilateralen slowakisch-ungarischen, aber auch den ungarisch-rumänischen Beziehungen führte auch die Verabschiedung des Gesetzes über Auslandsungarn, das im ungarischen Parlament im Sommer 2001 verabschiedet wurde und ab 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist.**

### *Das Ende des Visegrad-Modells?*

Nachdem Viktor Orbán im Europäischen Parlament die Frage der Dekrete von Präsident Eduard Beneš gestellt und sich kritisch nicht nur zum Prinzip der kollektiven Schuld, sondern auch zu der Gültigkeit der Dekrete geäußert und diese Frage mit dem Prozess der EU-Erweiterung verbunden hatte, reagierte der slowakische Premierminister Mikulas Dzurinda nach Absprache mit dem tschechischen Premierminister Milos Zeman mit der Absage der Teilnahme am

geplanten Treffen der V4-Premierminister im ungarischen Kesthely am Plattensee. Der polnische Premierminister Leszek Miller schloss sich dem an, und das länger geplante und verschobene Treffen fand schließlich nicht statt. Infolgedessen sagte der slowakische Kulturminister seine Teilnahme auch an dem Treffen der Visegrad-Kulturminister ab. Dies alles inspirierte viele Politiker und Journalisten dazu, ohne Zögern vom „klinischen Tod Visegrads“ oder vom „Ende Mitteleuropas“ zu sprechen. Jan Zahradil, der tschechische Politiker und Schattenaußenminister der ODS, einer Partei, die durch die Äußerungen ihres Vorsitzenden Vaclav Klaus nie ihr Missfallen über das Modell der Visegrad-Zusammenarbeit verheimlicht hat, meinte, dass die Visegrad-Gruppe seit Orbans Auftritt im Europäischen Parlament nicht mehr existiere.

**■ In Mitteleuropa, dem Geburtsland Franz Kafkas, nimmt man anscheinend alles zu ernst und schicksalhaft tragisch. Es ist klar, dass unterschiedliche Ansichten der einzelnen Länder über die gemeinsame Geschichte sich nicht nur stark in ihrer Auslegung unterscheiden, sondern auch Quelle politischer Zersplitterung statt regionaler Zusammenarbeit sind.**

In dieser Gegend Europas, dem Geburtsland Franz Kafkas, nimmt man anscheinend alles zu ernst und schicksalhaft tragisch. Es ist klar, dass unterschiedliche Ansichten der einzelnen Länder über die gemeinsame Geschichte – oftmals simplifiziert oder, was noch viel schlimmer ist, politisch ideologisiert – sich nicht nur stark in ihrer Auslegung unterscheiden, sondern auch Quelle politischer Zersplitterung statt regionaler Zusammenarbeit sind. Der hervorragende slowakische Journalist Marian Lesko schrieb darüber treffend: „In den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns, das das traditionelle Mitteleuropa darstellt, existieren so viele Ressentiments, gegenseitige Beleidigungen, Schmerz und Unrecht, dass es möglich ist, dass das Rezept für den politischen Erfolg im Aufwecken historischer Stereotypen und Komplexe liegt. Es kann kein Zufall sein, dass die Politiker von vier Ländern des früheren Österreich-Ungarn kurz vor den Wahlen die Massen mit Äußerungen ansprechen, die deren pathologisches Sediment in Bewegung bringen sollen. Sie würden es nicht tun, wenn es sich nicht um ein Rezept zum Erfolg handeln würde. Dies ist nicht nur ein Zeugnis über die Politiker in Mitteleuropa, sondern auch über den mentalen Stand eines nicht übersehbaren Teils der Gesellschaft.“

Skeptische Stimmen von einigen Politikern und Beobachtern, die die Auflösung von Visegrad befürchteten, zögerten nicht, weiter zu gehen und über

einen völligen Verfall der mitteleuropäischen kooperativen Basis und über die geopolitische Neudefinition des mitteleuropäischen und des Donauraumes nachzudenken. Die unterschiedliche Sicht gerade auf die Geschichte führte auch zu neuen politischen Optionen, und man fing an, über eine engere Zusammenarbeit Österreichs, wo sich viele Kritiker der Beneš-Dekrete nicht nur unter den extremistischen Freiheitlichen, sondern auch bei der Volkspartei befinden, mit Ungarn, falls weiterhin Viktor Orban die Regierung stellen würde, nachzudenken. Daneben begann man vor allem in der Tschechischen Republik mit immer größeren Befürchtungen auf die Entwicklung des Wahlkampfes in Deutschland zu schauen, wo die CDU/CSU unter der Leitung des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber eine genauso abweisende und kritische Sicht auf diese Frage, die mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zusammenhängt, hat. Diese Befürchtungen führten zu teilweise hysterischen Äußerungen. Einer der Ideologen von Klaus' ODS zögerte nicht, den von dem amerikanischen Präsidenten George W. Bush geprägten Terminus „Achse des Bösen“ zu entleihen und ihn als Bezeichnung der angeblichen Achse München-Wien-Budapest zu verwenden.

Diese übertriebenen Bewertungen helfen einer kooperativen Atmosphäre im mitteleuropäischen Raum nicht. Die Kenner der Zwischenkriegsgeschichte können sich an die Aufteilung dieses Raumes in zwei antagonistische Gruppierungen erinnern. Länder, die die Angst vor einer Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs unter der Bezeichnung Kleines Abkommen (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) verband und Länder, die im Gegensatz dazu irredentistische Interessen, niedergelegt in den sogenannten Römischen Protokollen (Italien, Ungarn, Österreich), haben. Schon diese Zersplitterung der Region mit ihren unheilvollen Folgen sollte eine Lehre sein, dass Uneinigkeit zu Komplikationen führt, die schädlich sind für alle Völker, die in diesem Raum leben. Deshalb sollte man die Geschichte den Fachleuten, den Historikern überlassen, und sie sollte nicht durch Politiker missbraucht werden. Das heißt jedoch nicht zugleich, dass einige nicht gelöste Fragen der Vergangenheit vergessen sein oder unter den Teppich gekehrt werden sollten. Das ermuntert nur

■ **Die Kenner der Zwischenkriegsgeschichte können sich an die Aufteilung Mitteleuropas in zwei antagonistische Gruppierungen erinnern. Länder, die die Angst vor einer Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkriegs unter der Bezeichnung Kleines Abkommen (Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien) verband und Länder, die im Gegensatz dazu irredentistische Interessen, niedergelegt in den sogenannten Römischen Protokollen (Italien, Ungarn, Österreich), haben.**

die extremistischen Kräfte, sie für ihren politischen Kampf zu missbrauchen.

### ■ **Neue Herausforderungen für eine regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa**

Die Visegrad-Zusammenarbeit ist noch immer ein relativ junges Projekt im Bereich der regionalen Zusammenarbeit. Nachdem sie im Februar 1991 noch in der Form der V3 (Troika) im nordungarischen Städtchen Visegrad entstanden war, dauerte ihr funktionierender Kommunikationsrahmen bis zum Prager Treffen der Staatspräsidenten im Mai 1992. Nach der Teilung der ČSFR im Jahre 1993 wurde zwar der Wille deklariert, diese Gruppierung in Form der Visegrad-Vier zu erhalten, in Wirklichkeit starb diese Zusammenarbeit aber – wie oben beschrieben – ab. Ein Prozess der Revitalisierung der V4 wurde zwar im Oktober 1998 in Budapest bekundet, wo die Slowakei zur Besetzung ihres „freien Stuhls“ im Rahmen von V4 aufgefordert worden war. Zum tatsächlichen Neubeginn kam es jedoch erst im Mai 1999 auf dem Bratislava-Gipfeltreffen, wo man sich auch über klare Regeln für die Treffen und die Kommunikation geeinigt hat. Zusammengerechnet funktionierte die Zusammenarbeit von Visegrad in der ersten Phase knappe zwei Jahre und in der zweiten, revitalisierten Phase bis jetzt knappe drei Jahre. Eigentlich zu kurz, um politisch fest verankert zu sein und nicht nur eine „saisonale Angelegenheit“ für eine Wahlperiode zu bleiben. Außerdem dauert ihr tatsächlicher Neustart während der Regierungszeit von Zeman, Buzek, Dzurinda und Orban noch an. Trotz gewisser persönlicher Probleme entstand zwischen diesen Politikern eine persönliche „Chemie“, die die V4-Zusammenarbeit gefördert hat. Es ist klar, dass gegen Ende dieses Jahres ein ganz neues Quartett von Premierministern da sein wird, die sich dann treffen sollten, um die stagnierende Visegrad-Zusammenarbeit wiederzubeleben. Es würde zunächst reichen, wenn sie eine eindeutige Botschaft über die Notwendigkeit und den politischen Willen, eine solche informelle und nicht institutionalisierte regionale Gruppierung zu fördern, aussenden würden.

Und so wird dieses Jahr vielleicht ein weiteres Jahr der Prüfungen für Visegrad sein. Wieder einmal wird

■ **Ein Prozess der Revitalisierung der V4 wurde zwar im Oktober 1998 in Budapest bekundet, wo die Slowakei zur Besetzung ihres „freien Stuhls“ im Rahmen von V4 aufgefordert worden war. Zum tatsächlichen Neubeginn kam es jedoch erst im Mai 1999 auf dem Bratislava-Gipfeltreffen, wo man sich auch über klare Regeln für die Treffen und die Kommunikation geeinigt hat.**

darüber entschieden, ob ein solches Modell der regionalen Zusammenarbeit eine „saisonale Angelegenheit“ ist, die von Zeit zu Zeit funktioniert, oder ob sie sich schon soweit verankert hat, dass sie zu einem normalen, regulär funktionierenden Mechanismus wird, der nicht nach jedem Regierungswechsel in den einzelnen Ländern zu Pannen neigt.

Heute ist klar, dass eine der größten politischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts die Lösung der Situation auf dem Balkan ist. Es geht nicht nur um den Raum des westlichen Balkans, der sich allmählich aus der Zeit der erschöpfenden Kriegskonflikte erholt – und das ist um so deutlicher nach dem EU-Gipfeltreffen in Laeken geworden, wo realistisch nicht mit einer baldigen Mitgliedschaft von Rumänien und Bulgarien in der EU gerechnet wurde, sondern um den ganzen Raum des Balkans mit seinen zahlreichen Problemen im wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bereich. Bei deren Lösung ist nicht nur eine verbale, sondern auch eine tatsächliche Hilfe seitens der EU notwendig. In dieser geographischen Sicht muss man auch die Stellung der Türkei in der künftigen europäischen Architektur im Auge behalten.

Mitteleuropa kann mit seinen Erfahrungen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit als Modell für die Lösung klassischer Konflikte dienen, auch wenn deren Qualität und Aggressivität in Mitteleuropa und auf dem Balkan sehr unterschiedlich ist. Zugleich kann Mitteleuropa als ein Raum, der durch seine geographische Nähe von vielen Problemen auf dem Balkan direkt betroffen wird, viel mehr bei der Lösung dieser Probleme im Rahmen der erweiterten EU helfen. Die mitteleuropäischen Völker können in diesem Bereich der Union ihre historischen Erfahrungen und Kenntnisse einbringen, die sie durch gemeinsame Geschichte erlangen konnten oder durch solche Faktoren wie slawische Verwandtschaft der Kulturen, Sprachen und Mentalitäten. Das Modell der Visegrad-Zusammenarbeit könnte auch als Inspiration für die Westbalkan-Länder dienen, die auf ihrem langen Weg in die EU lernen müssen, gemeinsam zu existieren und einen gewissen Grad der regionalen Zusammenarbeit zu organisieren, was nach der Kriegserfahrung viel schwieriger ist als in Mitteleuropa.

Nur ein festes und kohärentes Mitteleuropa – homogen, was die Sicherheit betrifft – kann Kern eines

■ **Mitteleuropa kann mit seinen Erfahrungen im Bereich der regionalen Zusammenarbeit als Modell für die Lösung klassischer Konflikte dienen, auch wenn deren Qualität und Aggressivität in Mitteleuropa und auf dem Balkan sehr unterschiedlich ist. Zugleich kann Mitteleuropa als ein Raum, der durch seine geographische Nähe von vielen Problemen auf dem Balkan direkt betroffen wird, viel mehr bei der Lösung dieser Probleme im Rahmen der erweiterten EU helfen.**

Europa werden, dem der erfolgreiche Übergang vom Kommunismus zur offenen Gesellschaft gelingt und das auch für eine breitere Umgebung Verantwortung übernimmt. Aber zugleich berühren oder befinden sich die mitteleuropäischen Länder durch ihre geographische Lage auch in anderen Regionen. Hier geht es um sogenannte Grenzländer, wie zum Beispiel Litauen mit der Tendenz zum baltischen Raum, und überhaupt um den gesamten Ostseeraum oder die Ukraine, deren westlicher Teil für Jahrhunderte zu Mitteleuropa gehörte, ebenso Rumänien mit seinem typisch mitteleuropäischen Teil von Siebenbürgen oder Kroatien, das ein mitteleuropäisches Land, aber auch ein Land ist, das durch seine Lage an der Adria geformt wurde. Eine besondere Stellung kommt Kroatien heute wegen des schon oft vergessenen Bosnien-Herzegowina zu, welches nicht nur von Mitteleuropa, sondern von ganz Europa eine größere Aufmerksamkeit fordern wird.

Die Visegrad-Gruppierung sollte die Perspektive weiterer Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den unmittelbaren Nachbarn wie Österreich und Slowenien suchen und sich bemühen, so eine kompakte mitteleuropäische Region zu werden. Die V4 muss sich auch ihre eigene politische Agenda suchen, die an der Zukunft orientiert ist, und sie muss auch eine Ad-hoc-Form der Existenz suchen, sozusagen eine Existenz per se. Dann kann sie nicht nur ein regionaler Pfeiler der gesamteuropäischen Sicherheit werden, sondern auch ein einflussreicher Block mit dem Potenzial, die gesamteuropäischen Integrationsprozesse mitzuformen.

Der Text wurde von Eva Slivková aus dem Slowakischen übersetzt.